

„Die Ungleichheit nimmt zu“

13. Attac-Kongress zum Thema „Verrohung der Menschlichkeit“

eki. Die Berichterstattung vom Weltwirtschaftsforum in Davos verfolgt der Psychologe Georg Rammer in diesen Tagen mit gemischten Gefühlen. „Da diskutieren die mächtigsten Politiker und Wirtschaftsbosse über die drängendsten Probleme auf der ganzen Welt“, sagt der Aktivist des globalisierungskritischen Netzwerks Attac. „Aber eine Lösung wird am Ende des Gipfels garantiert wieder nicht präsentiert.“

Wie einige der globalen und lokalen Problemfelder in den Griff bekommen werden können, das wollen Rammer und seine Mitstreiter beim 13. Kongress von Attac Karlsruhe am Samstag, 26. Januar, von 14 bis 18 Uhr im Kulturzentrum Tollhaus aufzeigen. Der diesjährige Kongress steht unter dem Motto „Verrohung der Menschlichkeit“ und wird von Rammer mit einem Fachvortrag zum Thema „Spurensuche Menschlichkeit“ eröffnet. Anschließend referieren Sozi-
alökonom Jörg Reitzig von der Hoch-

schule Ludwigshafen über „Herausforderungen und Wegmarken für einen neuen Gesellschaftsvertrag“, Philosoph und Autor Thomas Seibert über „Existenzökologie: Wie machen wir der Geschichte ein Subjekt“ sowie der Wiener Politikwissenschaftler Ulrich Brand über „Jenseits der imperialen Lebensweise – Konturen solidarischer Alternativen“. Trotz der teilweise sperrigen Vortragstitel erhofft sich Rammer von den Fachreferenten auch konkrete Vorschläge zur Gestaltung einer gerechteren Gesellschaft und zur besseren Wahrung der Menschenrechte.

„Eigentlich sind die Leitplanken mit den Grundrechten ja gesetzt. Aber die Ungleichheit nimmt trotzdem zu und während wenige Superreiche immer mehr Geld anhäufen, wird auf der anderen Seite die Armut immer größer“, verweist Rammer auf die aktuelle Studie der Entwicklungsorganisation Oxfam. Ein Grund für diese Entwicklung sei die

neoliberale Ausrichtung der Politik mit dem klaren Trend zur Privatisierung von staatlichen Dienstleistungen. „Dadurch gewinnen die Konzerne einen zu großen Einfluss und die Gesellschaft wird zunehmend entdemokratisiert“, mahnt Rammer. Weil sie sich nicht mehr um die Belange der Mehrheit sondern nur noch um die Interessen einer Minderheit kümmere, habe auch die Politik in der Bundesrepublik an Glaubwürdigkeit verloren. Und selbst die derzeitigen Vorschläge zur Bekämpfung der Kinderarmut oder zum Schaffen von sozialem Wohnraum sind nach Rammers Einschätzung lediglich das „Herumdoktern“ an den Symptomen. „Die Politik muss sich endlich um die Ursachen kümmern und diese bekämpfen“, appelliert er. Dabei seien selbst der aufkeimende Nationalismus in vielen EU-Staaten oder der Brexit nicht der Grund für die gegenwärtigen Probleme, sondern das Ergebnis einer falschen Politik.